

Fadegrad

Der pensionierte König



VON
ROLAND SCHECK

Als Stadtpräsident kurvte Elmar Ledergerber mit dem Roller durch Zürichs Strassen. Aber nur für die Medien und bei Schönwetter. Denn eigentlich pflegt Elmar Ledergerber seine städtische Binnenverkehrsnachfrage mit dem motorisierten Individualverkehr abzudecken. Dagegen spricht grundsätzlich nichts, ausser dass seine eigene Partei genau diese Verkehrsmittelwahl zum Teufelszeug erklärt hat. Mit seiner SP möchte Elmar Ledergerber den Menschen vorschreiben, welches Verkehrsmittel sie zu benutzen haben. Gut ist, wer den ÖV benutzt. Noch besser ist, wer Velo fährt.

Bekanntlich aber gelten linke Forderungen nur für die anderen. König Elmar, wie der ehemalige Stadtpräsident verwaltungsintern genannt wurde, fährt lieber Auto. So auch im vergangenen Juni anlässlich eines Fernsehtermins, als es die anspruchsvolle Transportkette vom Kreis 3 in den Kreis 5 zu bewältigen galt. Dabei wurde König Elmar Opfer seiner eigenen Politik. Am Ziel angekommen, fand sich nämlich kein Parkplatz. Aber einen König kümmert das wenig, und so stellte er sein schauerliches Gefährt mit Verbrennungsmotor kurzerhand auf einem Privatparkplatz ab, wobei er auch dem deutlich sichtbaren Parkverbotsschild keinerlei Relevanz beimass.

Wieder zurück aus dem Fernsehstudio, war zu König Elmars Verdross bereits ein Abschleppdienst vor Ort. Dieser war im Begriff, das Auto abzuschleppen, was den Sozialdemokraten sichtlich erzürnte. Pech nur, dass die ganze Szene gefilmt wurde und jetzt in den Medien aufgetaucht ist.

Das Video lässt tief in die Psyche eines Linken blicken. Der städtische Binnenverkehrs-Individualmobilität Ledergerber regte sich lauthals auf. «Ich komme gerade von diesem Scheiss-Fernsehen ...», setzte er den Abschleppdienst ins Bild. Nach dem Anschauzer «Ihr seid ja noch schlimmer als die Stadtpolizei» – eine Hommage an alle Polizistinnen und Polizisten, die für Recht und Ordnung regelmässig ihr Leben riskieren –, versuchte König Elmar, den Fahrer des Abschleppdienstes mit einem Fünfzigermöbli zu bestechen, damit er die Sache vergisst. Erhellend für den Fahrer, welcher dem ehemaligen Stadtpräsidenten konziliant anbot, nur die Leerfahrt von 250 Franken zu verrechnen, war bestimmt auch die Kundgabe «Ich bin ein himmeltraurig armer Pensionist. Sie schleppen diesen Karren auf keinen Fall ab.»

Unerwähnt bleibt, dass der selbst-deklarierte «himmeltraurig arme Pensionist» Ledergerber, der mit seiner Partei den Kapitalismus überwinden möchte, eine feudale staatliche Rente auf sicher hat und auch heute noch diverse Pöstli besetzt. Aber einem König soll man bekanntlich nicht widersprechen. Umso mehr, als dass das Video seine Selbstbekennung des «himmeltraurig armen Pensionisten» stützt.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Vom ewigen Umgang von Schule und Kultur zu den Abgründen des Milizsystems

Wie so oft an gemeinderätlichen Kultur- und Schulabenden, geht es oft um Subventionen für kulturelle Institutionen oder um technische Fragen aus der Bereich der Schule. Da führen die Gedanken dann gerne weiter und man fragt sich – angefangen bei der Schulpflege über die verschiedenen Ebenen der parlamentarischen Tätigkeit – wann das Milizsystem an seine Grenzen stösst. Und da kommt man zu unerfreulichen Schlüssen für unsere politischen Institutionen.



BERNHARD
IM OBERDORF
GEMEINDERAT
ZÜRICH

Es war am neusten Ratsabend, an dem Schule und Kultur zur Debatte stand, erneut so, wie es sich immer wiederholt: Subventionserhöhungen oder -weiterführungen finden allesamt eine Mehrheit gegenüber der Opposition der SVP – persönliche Vorträge aus dem Lager der SVP können im Glücksfall knapp überwiesen werden.

Subvention für volle Bücher

So wird der Beitrag für den Verein «Zürich Tourismus» entgegen dem Kürzungsantrag der SVP weitergeführt; eine Kürzung, die wohl zu verkraften wäre, wenn die Hoteliers als grosse Nutznießer einen höheren Beitrag in den ohnehin gut dotierten Verein einschiesse würden. Damit ist kaum zu rechnen, denn gemäss den Aussagen ihres Präsidenten ist man im Verband nicht einmal bereit, die Preise angesichts des Jammers über den Kurs des Schweizer Francs nach unten anzupassen, sondern die Minimalisten wollen dafür lieber «Zusatzleistungen anbieten, die sie nichts kosten» (wenn das nichts kostet: warum hat man das dann nicht schon lange gemacht?), oder man fordert wie die Linken zunächst Interventionen der Nationalbank – ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Inflationsrisiken.

Weiter wurde bei «Miller's Studio» nebst der Weiterführung der Beiträge auch der Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital (eigentlich eine Schenkung) zugestimmt. Auch den Beiträgen für den Verein «GO» – der mit Mikrokrediten junge Unternehmer unterstützt – wurde zugestimmt. Einzig bei den Beiträgen der Stadt an die Zürcher Festspielstiftung ereignete sich Überraschendes: Hier stellte sich die SP gegen

die Weisung der eigenen Stadtpräsidentin, so dass die Einsparung dank der SVP zustande kam.

Dass bei den persönlichen Vorträgen das SVP-Postulat von Margrit Haller und Ruth Anhorn zur Wiedereinführung von Einschulungsklassen überwiesen wurde, war für einmal der Unterstützung durch die sonst stramm links stimmenden Grünliberalen zu verdanken.

Zitrone ausgepresst

Wenn damit die Zitrone des Ratsabends ausgepresst ist, so gibt dieser doch Anlass, ausgehend vom Schuldepartement einige Gedanken weiterzuführen, gerade auch mit Blick auf das Milizsystem unserer Politik.

Das beginnt schon bei den Schulpflegern, die vor Jahren in problematischer Art einer Reform zum Opfer fielen: Da wurde die Arbeit der Schulpfleger durch eine Halbierung der Kreisschulpflegen in dem Sinne «professionalisiert», dass jetzt weniger Schulpfleger mit einem vergrößerten Arbeitspensum und veränderten Aufgaben tätig sind. Da stellt sich die bange Frage, wer sich ein Drittelpensum neben dem Beruf noch leisten kann. So hat die SVP mit Ruth Anhorn und Margrit Haller – die an der Kultur- und Schulsitzung jeweils ihren «Grosskampfabend» haben – Ausnahmerechnungen in ihren Reihen, die mit der gepflegten Seriosität und Akribie einen Kontrast abgeben zu dem, was da drohen könnte: dass man nämlich bei einem solchen Arbeitspensum im Widerspruch zu beruflichen Anforderungen dann «oft jene Leute nicht mehr findet, die man haben möchte, dafür dann aber mit jenen eingedeckt wird, die man lieber nicht in der Schulpflege sehen würde».

Kosten des Milizsystems

Ähnliches könnte auch auf der Stufe des Gemeinderates ergeben: Auch hier

Parolen zur Volksabstimmung vom 24. November 2013 der SVP Stadt Zürich

Vorlagen Stadt Zürich

1. Lagerstrasse, Abschnitt Lang- bis Kasernenstrasse, Strassenneugestaltung, Landerwerb, Lärmsanierung, Objektkredit von 16,69 Millionen Franken

NEIN

2. Neuregelung der Zusammensetzung des Büros des Gemeinderats, Änderung der Gemeindeordnung

JA

ist das Pensum gross und kann je nach Kommission und Parteilinie (wie Fraktionssitzungen) gut ein bis zwei Tage in der Woche beanspruchen. Das heisst dann nichts anderes, als dass berufliche Entwicklungen eingeschränkt oder gar verunmöglicht werden: Denn heute werden solche Absenzen in der Wirtschaft oft nicht gerne gesehen, weil man da insbesondere bei den Kadern eine mehr als hundertprozentige Leistung erwartet. Diese Tendenz verstärkt sich beim kurzfristigen Denken und bei der Gleichgültigkeit gegenüber der gesellschaftlichen Verantwortung – beides sind Zwillinge eines Profitdenkens vor Ort im Betrieb. Der Engpass wird weiter verstärkt, wenn von Mandatsträgern an allen Orten als Selbstverständlichkeit die Präsenz (als Selbstzweck) erwartet oder gefordert wird – fast schon wie die veraltete Sonntagspflicht in der Kirche. Da wird es dann sicher nötig sein, das Wesentliche vom nicht so Zwingenden zu unterscheiden.

Strukturell ähnlich könnte man dies auf der Ebene des Kantonsrates sehen, allerdings sind hier die Weihen höher und somit ist eine verstärkte Professionalisierung stärker zu gewichten; auch mit den Verzichtenden in anderen Berufsbereichen wird man hier eher leben müssen und können.

Eidgenössische Ebene – eine Gratwanderung für viele

Einen eigentlichen Paradigmawechsel gibt es bei der Professionalisierung auf der eidgenössischen Ebene. Hier ist mit Sessionen, Kommissionssitzungen und Vorbereitungen der Arbeitsaufwand so gross, dass nicht mehr daran zu denken

ist, im eigentlichen Beruf seriös und mit Entwicklungsaussichten tätig zu sein – es sei denn, man sei selbständiger Unternehmer. Da begibt man sich in eine gewisse Abhängigkeit: Wohl deckt die Entschädigung von substanziell über 100'000 Franken für viele die Lücke, die durch die weitgehende Aufgabe der eigentlichen Berufstätigkeit entsteht. Wer aber – insbesondere nach langer Zugehörigkeit im eidgenössischen Parlament – nicht mehr zur Wahl antritt oder abgewählt wird, steht dann oft am Abgrund: Da gibt es keine zweite Säule wie bei der angestammten Berufstätigkeit – und wer abgewählt wird, steht dann plötzlich als Arbeitsloser da; und keine Arbeitslosenkasse federt hier die Existenz ab. Für wen ist das eine Perspektive?

Doch die Hürde, ins eidgenössische Parlament gewählt zu werden, ist gerade aus finanzieller Hinsicht auf der bürgerlichen Seite für die persönlichen Kampagnen hoch – auch sechsstelligen Beträge garantieren bei weitem keine Wahl. Wer kann sich das noch leisten? Am ehesten wiederum die selbständigen Unternehmer; alle anderen müssen sich um das Fundraising kümmern und geraten in Abhängigkeiten von den Finanziers. Das zeigte sich beispielsweise, als eidgenössische Parlamentarier aus den Grenzregionen zu Deutschland forderten, die Zollfreigrenze herabzusetzen: Da wollten diese angesichts hoher Preisunterschiede (die bis zum «Faktor Fünf» gehen können) den Einkaufstourismus unterbinden. Das war sicher nicht im Sinne des Wählers, sondern höchstens im Dienste möglicher Geldgeber aus dem Detailhandel ...

TRADITIONELLER RACLETTE-PLAUSCH DER SVP-KREISPARTEI ZÜRICH 9

Mit Schwung in den Stadtratswahlkampf

Am Freitagabend, 1. November 2013, fand der schon traditionelle Raclette-Plausch der SVP-Kreispartei Zürich 9 statt. Rund 30 Personen haben sich im Stern Albisrieden zu diesem Politanlass eingefunden. Sie erwartete eine interessante Diskussionsrunde, ein Streitgespräch zwischen den Stadtratskandidaten Roland Scheck (SVP) und Raphael Golta (SP).



LORENZ HABICHER
KANTONSRAAT SVP
ZÜRICH

Der Apéro wurde von Samuel Balsiger, einem hoffnungsvollen SVP-Jungpolitiker, unterstützt von Marcel Dublan, unserem SVP-Schulpfleger, offeriert. Der Präsident der SVP-Kreispartei Zürich 9 ist wegen der schlechten Verkehrssituation fast zu spät eingetroffen, hat danach aber kompetent durch den Abend geführt.

In der Fragerunde wurden die Stadtratskandidaten auf aktuelle Probleme des Quartiers angesprochen und die Verlegung der Linienführung Tram 2 in Altstetten dominierte die Thematik. Beide Kandidaten haben versprochen, ein offenes Ohr für Quartieranliegen zu haben und die Petition des Quartiers mit 6342 Unterschriften nicht zu vergessen.

Persönliche Vorstellung

Auch haben sich die Spitzenkandidaten der SVP-Gemeinderatsliste 2014 persönlich vorgestellt. Margrit Haller, Rolf Müller und Roger Bartholdi wussten von ihrer Gemeinderatsaktivität zu be-



richten, Samuel Balsiger, der die Nachfolge von Ruth Anhorn antreten möchte, konnte sich ins beste Licht rücken ... Der darauf folgende Raclette-Plausch stellte den Auftakt zur Gemeinderatswahl 2014 dar und wurde von SVP-Mitgliedern und Gästen sehr geschätzt. So gestärkt erfolgte an den Tischen noch manch intensive politische Diskussion. Klar wurden die Unterschiede der beiden anwesenden Stadtratskandidaten erkennbar und unser Kandidat Roland Scheck konnte noch wichtige Tipps zum Wahlzettel, wie dieser richtig ausgefüllt wird, anbringen.

Wir hoffen, dass dieser Schwung sich auch weiter durch den städtischen Wahlkampf zieht und die bürgerlichen Top 5 sich am 9. Februar 2014 auch gegen Rot-Grün durchsetzen werden!

SVP Winterthur sagt NEIN zu Biorender

Die SVP Winterthur hat die Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 24. November 2013 gefasst:

- Die SVP lehnt die Vorlage zum Biorender ab. Die finanzielle Lage der Stadt erlaubt es nicht, dass Winterthur weiterhin Geld für ein Forschungsprojekt zur Verfügung stellt, welches mit hoher Wahrscheinlichkeit scheitern wird. Die ursprünglich in das Projekt gesetzten Hoffnungen

wurden nicht erfüllt, weshalb ein Abbruch Not tut – frei nach dem Motto: lieber eine Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

- Die SVP sagt JA zur Reorganisation der Fürsorgebehörde.
- Die SVP hat zudem die Parolen zu den eidgenössischen Vorlagen gefasst: JA zur Familieninitiative, Nein zur 1:12-Initiative und Nein zur 100-Franken-Auto-bahnvignette.

Wir nehmen Abschied von

Josef Lisibach

alt Parteipräsident
26. Juni 1937 bis 4. November 2013

Unser geschätztes und verdienstvolles Mitglied setzte sich viele Jahre lang für das Wohlergehen unserer Stadt und seiner Bevölkerung ein. Von 1974 bis 1986 amtierte er als Mitglied des Schulrates. Er engagierte sich am Aufbau der SVP/BGB der Stadt Winterthur und als deren Präsident. Für seinen Einsatz zugunsten der Allgemeinheit und

unserer Partei sind wir sehr dankbar. Wir werden seine charismatische Persönlichkeit nicht vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Seiner Familie entbieten wir unsere aufrichtige Anteilnahme.

Schweizerische Volkspartei
Stadt Winterthur